Stadtrat verabschiedet Aufruf ans Land zum Bau der L 821n

Erwartungsgemäß hat der Stadtrat mit großer Mehr den Aufruf zum schnellstmöglichen Bau der L 821n als Entlastungsstraße für die Stadtteile Weddinghofen und Oberaden auf den Weg gebracht. Gegenstimmen gab es in der Ratssitzung am Donnerstag von den Grünen und BergAUF.



Aufforderung zum Bau der L 821n an der Kampstraße in Weddinghofen.

Mit diesem Aufruf werde den vom Verkehrslärm betroffenen Bürgern Sand in die Augen gestreut, kritisierte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Jochen Wehmann. Landesverkehrsminister Michael Groschek habe im September vergangenen Jahres deutlich erklärt, dass es diesen

Straßenneubau in absehbarer Zeit nicht geben werde. Deshalb solle man sich mit dem Nein abfinden und umgehend nach anderen wirkungsvollen Möglichkeiten suchen, den Anliegern zu helfen. Die wirkungsvollste Lösung sei es, den Lkw-Verkehr über die Autobahnausfahrt Hamm/Bergkamen an der A 1 über die Industriestraße und Husemann-Straße zu lenken.

Ein wesentliches Argument für Werner Engelhardt (BergAUF) gegen den Bau der L 821n ist, dass nach der Fertigstellung andere Straßen und deren Anlieger belastet würden. Hier nannte er insbesondere die Erich-Ollenhauer-Straße. Dabei gestand er ein, dass er selbst auch zu den Betroffenen zählen würde.

Die CDU hatte den Aufruf zur L 821n auf die Tagesordnung des Stadtrats gebracht. In der Diskussion kündigte ihr Fraktionsmitglied Gerd Miller an, dass er gegen den Lärmaktionsplan für Bergkamen, der etwas später vom Stadtrat mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, stimmen werde. In diesem Lärmaktionsplan sei zwar die Jahnstraße in Oberaden enthalten, nicht aber die L 664 (Schulstraße und Kampstraße) in Weddinghofen enthalten. Private Lärmmessungen von Anliegern der Kampstraße hätten ergeben, dass die Grenzwerte, bei denen Maßnahmen zum Lärmschutz ergriffen werden müssen, bei weitem überstiegen würden.

Die SPD rechnet offensichtlich damit, dass es aus Düsseldorf eine negative Antwort geben werde. Fraktionsvorsitzender Bernd Schäfer wies darauf hin, dass Groschek in einem Brief erklärt habe, dass für das Land die Sanierung maroder Straßen oberste Priorität habe und dass für den Neubau von Straßen kein Geld zur Verfügung stehe.

Ähnlich schätzt offensichtlich auch Bürgermeister Roland Schäfer die Lage ein. Trotzdem stimmte er für den Aufruf. Er rechnet damit, dass es sehr schnell eine Antwort aus dem Verkehrsministerium geben werde. Liege die Absage vor, müssen möglichst schnell über andere Maßnahmen mit dem Straßenbaulastträger Straßen NRW gesprochen werden.

Doch auch hier sind die Möglichkeiten vermutlich eher begrenzt. Nach den bisherigen Erfahrungen werde es mit Straßen NRW weder eine Gewichtsbegrenzung für Lkw noch ein Nachtfahrverbot geben, erklärte der 1. Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters.

Übrigblieben dann neben passiven Lärmschutzmaßnahmen eigentlich nur eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Bei einem Ortstermin hatten vor einigen Tagen Anlieger erklärt, dass Tempo 30, wie es auf der Lünener Straße in Kamen eingeführt werden soll, ihnen schon helfen würde. Vorausgesetzt natürlich: Die Brummifahrer halten sich daran.

Streikende Erzieherinnen zeigen sich kämpferisch: Donnerstag zentrale Kundgebung in Bergkamen

Am kommenden Freitag wird sich zeigen, ob der Streik in den Bergkamener städtischen Kindergärten und im Jugendamt fortgesetzt wird. Dann tagen erneut die Tarifparteien. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi will für die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozial- und Erziehungsberufen eine Höhergruppierung durchsetzen. Im Schnitt kommt dies einer Gehaltserhöhung von rund 10 Prozent gleich.



Die Bergkamener Erzieherinnen informierten auf dem Zentrumsplatz über ihre Forderungen in den laufenden Tarifverhandlungen.

Sollte es nicht zu einer Einigung kommen, wird aller Voraussicht nach der Streik über Pfingsten hinaus fortgesetzt. Am Dienstag zeigten sich jedenfalls die Erzieherinnen der städtischen Kindergärten Oberaden und Overberge sehr kämpferisch. Sie hatten auf dem Zentrumsplatz einen Info-Pavillon aufgebaut. Vor dem Eingang von Kaufland verteilten sie Luftballons und Kaubonbons. Die Streikenden aus den Sozialberufen haben am Dienstag an einer Kundgebung in Wuppertal teilgenommen.



Streikende Erzieherinnen aus der Overberger Kita „Sprösslinge“ vor Kaufland.

Fortgesetzt werden die Aktionen am Mittwoch. Die Bergkamener erhalten dann Unterstützung von den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus Kamen. Sie treffen sich am Bergkamener Rathaus. Von dort geht es zum Familienzentrum Mikado an der Eichendorffstraße. Ankunftszeit ist etwa 11.45 Uhr. Dann werden die meisten Kindern von ihren Eltern abgeholt. Im Mikado läuft wegen des geringen Organisationsgrad der Betrieb normal. Bei den Sprösslingen in Overberge und bei den Tausendfüßlern in Oberaden wurden Notgruppen eingerichtet.

Für den Donnerstag, also einen Tag vor der vielleicht entscheidenden Tarifrund, organisiert Verdi eine Kundgebung auf dem Platz der Partnerstädte. Hier werden ab 10 Uhr rund 200 Erziehrinnen aus dem Verdi-Bezirk Hamm / Unna erwartet.

Eurobaustoff Zentrallager in Rünthe möchte expandieren

Es könnte fast ein Paradies für Heimwerker sein, das Bürgermeister Roland Schäfer mit der Wirtschaftsförderung der

Stadtverwaltung am Montagmorgen an der Gewerbestraße in Rünthe besuchte – jedenfalls für die Unermüdlichen, die ihr trautes Heim in eine Dauerbaustelle verwandelt haben. Speismischmaschinen gibt es dort, Dämmstoffe jeglicher Art, Alles für den Trockenausbau, aber auch Kunststoff-Abflussrohre, Fliesen, Granitsteine und vieles andere mehr.



Besuch des Eurobaustoff Zentrallagers für Westfalen in Rünthe (v.l.):Maik Emschermann, Simone Krämer (Wirtschaftsförderung), Einkauf- und Vertriebsleiter Dirk Berger, Monika Lichtenhof (Wirtschaftsförderung), Walter Kärger (Wirtschaftsförderung), Dieter Brüschke, Roland Schäfer und Gabelstapelfahrer Michael Zitzmann.

Nur etwas kaufen könnte dort selbst der Bergkamener Bürgermeister nicht. Die Kunden des „Eurobaustoff Zentrallager Westfalen“ sind auch gleichzeitig deren Gesellschafter. Dabei handelt es sich um 40 Firmen, die an 115 Standorten Baustoffe

verkaufen – dort nun aber auch an Otto Normalverbraucher. Die nächstgelegenen Gesellschafter sind in Werne und in Hamm ansässig, wie Dieter Brüschke von der Geschäftsführung des Zentrallagers seinen Gästen erklärte.

Gesellschafter wird man, weil durch die Abnahme größerer Mengen bei den Herstellern günstigere Preise aushandeln kann. Gleichzeitig sparen die Firmen an ihren Standorten kostbare Lageflächen. Dieses Geschäfts rentiert sich auch für das Zentrallager. Von 2013 auf 2014 kletterte der Umsatz der Umsatz von 35,7 auf 42,5 Millionen Euro. 56 Mitarbeiter stehen auf der Lohnliste. Davon sind zehn Auszubildende, jeweils fünf im kaufmännischen und im gewerblichen Bereich.

Bürgermeister Roland Schäfer fand diese hohe Ausbildungsquote erstaunlich. Noch lieber hat er gehört, dass für den gewerblichen Bereich ein Hauptschulabschluss ausreichend sei. „Wer Fachkraft für Lagerlogistik werden möchte, muss clever sein und anpacken können“, erklärte ihm Lagermeister Maik Emschermann. Die Noten auf dem Zeugnispapier spielten eher eine untergeordnete Rolle.



Lkw-Schlange vor der Einfahrt zum Zentrallager.

Die wirtschaftliche Lage des Zentrallagers ist zurzeit so stabil, dass in der Geschäftsleitung über eine Erweiterung nachgedacht wird. Dafür steht bereits ein benachbartes ein Hektar großes Gelände zur Verfügung. Es werde dringend eine

zusätzliche Lagerhalle benötigt, sagte Dieter Brüschke.

Mit dieser Erweiterung soll auch mehr Platz für wartende Lkw geschaffen werden. Bis zur Einführung eines Online-Anmeldesystems, durch das jedem Lkw-Fahrer ein Zeitfenster für die Anlieferung zugwiesen wird, erreichte die Lkw-Schlange auf der Gewerbestraße schon mal die Rünther Straße – Sehr zum Verdruss der benachbarten anderen Gewerbebetriebe. Am Montag gab auf der Stichstraße zum Betriebsgelände lediglich eine schmale Gasse für ankommende und abreisende.

Dieter Brüschke möchte die Erweiterung 2016 oder 2017 in Angriff nehmen. Voraussetzung ist aber, dass die Gesellschafter dieser Investition zustimmen.

Die Anfänge des Eurobaustoff Zentrallagers in Rünteh reichen bis 1978 zurück. Zwei Jahre später hieß die Firma „Interpares-Bautreff“. 1998 wurde sie in „i&M Zentrallager Westfalen“ umbenannt und 2009 in „Eurobaustoff Zentrallager Westfalen“.

Anlieger der Kampstraße kämpfen gegen unerträglichen Lkw-Lärm

Als vor gut einem Vierteljahrhundert die ersten Häuser im Baugebiet „Auf der Mittelhorst“ in Weddinghofen entstanden, glaubten die künftigen Bewohner, sie würden in eine ruhige Siedlung ziehen. Diese Zusage erhielten jedenfalls Alfred Glas und viele seiner Nachbarn mit dem Hinweis auf die geplante Ortsumgehung L 821n von Mitarbeitern der Bergkamener Bauverwaltung. An dieses alte Versprechen erinnern sie heute mit großen Schildern „L 821n jetzt!“, die sie an der

Kampstraße aufgebaut haben.



Anlieger fordern, den Lkw-Verkehr von der Kampstraße zu verdrängen.

Dabei geht es ihnen hauptsächlich darum, dass auf ihren Grundstücken Ruhe einkehrt. Wochentags donnern ab 4 Uhr die ersten Lkw über die Kampstraße. „Das geht dann bis 22 Uhr abends“, erklärt Nicole Kniep. Sich auf die Terrasse setzen und sich in Ruhe unterhalten könne man nur am Sonntag. Dann herrscht bekanntlich Fahrverbot für Lkw.

Die CDU hat für die nächste Sitzung des Stadtrats am 21. Mai einen Aufruf an die Landesregierung vorbereitet, die L 8231n wieder in den Landesstraßenausbauplan aufzunehmen. Aus der SPD gibt es Signale, diesen Aufruf zu unterstützen. Allerdings haben die Anlieger der Kampstraße Zweifel, dass die seit mehreren Jahrzehnten geforderte Ortsumgehung auch tatsächlich

kommen wird.

Helfen würde, dass die Firmen, in dessen Auftrag die Lkw unterwegs sind, wie Bayer die Brummifahrer anweisen würden, die Route über die A1 und Industriestraße zu nehmen, meint Nicole Kniep. Auch eine verordnete Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf der Kampstraße könnte schon helfen.

Alfred Glas überlegt, den juristischen Weg einzuschlagen. Eine private Messung habe ergeben, dass der Lärm der von der Kampstraße ausgeht, gesundheitsgefährdend sei. Diese Messung könnte nun ein Gutachter gerichtsverwertbar machen. Dadurch möchte er des Landesbetriebs Straßen NRW, der für die Kampstraße zuständig ist, zwingen, im Sinne der Anlieger tätig zu werden.

SPD-Fraktion gegen Aufhebung der Nordberg-Fußgängerzone

Am Dienstag wird der Stadtentwicklungsausschuss über die Zukunft des Einkaufszentrum Präsidentenstraße diskutieren. Die Debatte wird sich sich dabei auf die Frage konzentrieren, ob die Fußgängerzone aufgehoben und die Präsidentenstraße ganz für den Kfz-Verkehr freigegeben soll.



Nordberg-Fußgängerzone

Genau das hatte die CDU in der vergangenen Woche erneut gefordert. Ebenso entschieden lehnt die SPD diese Öffnung ab. Den von der Union in Aussicht gestellten positiven Effekte für die Händler mag sie nicht erkennen, wie Fraktionsvorsitzender Bernd Schäfer betont. Außerdem seien für eine Öffnung umfangreiche Straßenbauarbeiten notwendig. Das dafür notwendige Geld habe die Stadt nicht.

Bekanntlich erfolgte Anfang des Jahres eine Bürgerbefragung und eine öffentliche Bürgerversammlung zum Thema Nordberg. Im Ergebnis wird der Nordberg von den beteiligten Bürgern als Nahversorgungsbereich angesehen. Das will die Verwaltung non vorantreiben und darin wird sie von der SPD unterstützt. Das gilt auch für den Maßnahmekatalog, den die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuss vorgelegt hat: Schaffung des Ankerpunktes Pestalozzihaus, Verhinderung von Nutzungen mit Trading-Down-Effekt (Spielhallen u.ä.), Schaffung von barrierefreien Wegen und Zugängen, gezielte Ansprache von investitionsbereiten Eigentümern, verstärkte Ahndung von Ruhestörungen und die mögliche Umwidmung von bislang gewerblich genutzten Räumen in Wohnraumnutzungen.

„Nicht zu erklären ist, warum die CDU trotz breiter Bürgerbeteiligung weiterhin für eine Öffnung der Fußgängerzone plädiert. Wie ihr Vorsitzender Thomas Heinzel erklärte, erachtet sie ein Stadtzentrum, d.h. einen Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Ladenöffnungszeiten,

nicht für notwendig. Statt dessen empfiehlt die CDU unseren Bürgerinnen und Bürgern Stadtzentren der Nachbarstädte aufzusuchen. Aus Sicht der SPD-Fraktion kommt diese Haltung einer politischen Bankrotterklärung gleich.“, so Schäfer weiter.

Die geplante Entwicklung des Rathausumfeldes mit dem Neubau der Sparkassenhauptstelle, der Berggalerie, dem vorhandenen Wasserpark und der beabsichtigten Ansiedlung von Gastronomiebetrieben werde laut Aussage der SPD-Fraktion zu einem gesunden Stadtzentrum beitragen.

SPD-Vertreter nehmen Schulgebäude in Oberaden unter die Lupe

Die SPD-Fraktion hat einen neuen Arbeitskreis gegründet, der sich mit den Schulgebäuden in Bergkamen beschäftigt. Zunächst hat er den Stadtteil Oberaden unter die Lupe genommen.



Die Alisoschule wird kaum noch genutzt. Die Albert-Schweitzer-Schule und der Standort Bergkamen der Regenbogenschule (Burgschule) werden aller Voraussicht nach im Sommer 2016 auslaufen. „Da die Stadt Bergkamen langfristig über das Jahr 2016 hinaus keine Perspektive für eine eigene Nutzung dieser Gebäude sieht, hat der Arbeitskreis der SPD-Fraktion nach einer Besichtigung der Örtlichkeit angeregt, mögliche andere Folgenutzungen für Standort zu entwickeln. „Diese werden nun von der Verwaltung

geprüft und können theoretisch von Verkauf über Vermietung bis hin zu Abriss der Schulgebäude reichen“, erklärt Fraktionsvorsitzender Bernd Schäfer.

Als nächstes möchte der Arbeitskreis die Gebäude der Burg-, Prein- und Jahnschule in Oberaden unter die Lupe nehmen. „Insbesondere die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern im Gebäude der Jahnschule liegt uns am Herzen. Auch ein ausreichendes Angebot an Turnhallen für die Nutzung durch ortsansässige Vereine muss gewährleistet sein.“ erläutert MdL und SPD-Ortsvereinsvorsitzender, Rüdiger Weiß. Langfristig geht die SPD davon aus, dass auf der Grundlage der Entwicklung der Schülerzahlen in Oberaden in diesem Stadtteil pro Jahr fünf Eingangsklassen an zwei Grundschulstandorten vorgehalten werden müssen.

Gymnasium: Auschwitz-Ausstellung und Vortrag über Neonazis zum 70. Jahrestag des Kriegsendes

Mit zwei Veranstaltungen setzte sich das Bergkamener Gymnasium mit dem Ende des 2. Weltkriegs und damit auch dem Ende der Nazi-Herrschaft in Deutschland vor genau 70 Jahren auseinander: In der Rathausgalerie eröffneten Bürgermeister Roland Schäfer und die stellvertretende Schulleiterin Maria von dem Berge eine Ausstellung mit Schülerfotografien aus dem ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz. Im Pädagogischen Zentrum informierte der Journalist Felix Huesmann über die

Dortmunder Neonazi-Szene.



Im Treppenhaus des Rathauses ist die beeindruckende Ausschwitz-Ausstellung des Antirassismus-AG des Städt. Gymnasiums zu sehen.

Seit fast zwei Jahren ist das Städt. Gymnasium offiziell eine Schule ohne Rassismus. Die Vorarbeiten dazu hat die Antirassismus-AG geleistet. Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sind zu Beginn dieses Schuljahres zum Konzentrationslager Auschwitz nach Polen gefahren, in dem die Nazis rund eine Millionen Menschen vor allem jüdischen Glaubens ermordeten.

Auschwitz ist heute eine Gedenkstätte. Das ganze Ausmaß des Grauens lässt sich auch bei einem Besuch von Auschwitz kaum erfassen. Mit ihren Fotos lenken die beteiligten Schülerinnen und Schüler den Blick auf das Wesentlich. Jedem Foto ist ein

Wort des berühmten Satzes von Theodor W. Adorno aus seinem Buch „Erziehung nach Auschwitz“ zugeordnet: „Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fortdauern. Das ist das ganze Grauen.“

Gefördert wurden die Fahrt nach Auschwitz und diese Ausstellung durch den Lions Club BergKamen, das Jugendamt und den Arbeitskreis Demokratie.



Jan Groesdonk (stehend) moderierte die Veranstaltung zur Neonazi-Szene mit dem Journalisten Felix Huesmann.

Ziel der Antirassismus-AG sei es, dazu beizutragen, dass sich diese Barbarei nicht wiederholt, erklärte AG-Mitglied Wiebke Oelschläger bei der Ausstellungseröffnung. Deshalb hatte die AG zusätzlich die Info-Veranstaltung mit dem Journalisten Felix Huesmann organisiert, an der gesamte 9. Jahrgang teil. Er gab einen detaillierten Überblick über die rechte Szene in Dortmund und nannte auch Gründe für ihr Erstarken. Ein Grund ist seiner Meinung die Zurückhaltung der Justiz gegenüber den Extremisten.

Zurückhaltung kennt Huesmann nicht. Wann immer die Neonazis sich in Dortmund offen zeigen, ist er als kritischer Beobachter dabei. Das hat ihm bei den Rechten keine Freunde gebracht. So gehört er zu den Dortmunder Journalisten, denen

die Neonazis offen mit fingierten Todesanzeigen gedroht haben. In einem Fall ist es sogar zu einem tätlichen Angriff gekommen.

Auch das Bergkamener Jugendamt schickt manchmal schwierige Jugendliche ins Ausland

Der Skandal in Gelsenkirchen um die Auslandsunterbringung von Kindern und Jugendlichen hat mächtig Wellen geschlagen. Auch das Bergkamener Jugendamt nutzt diese Form der Jugendhilfe, um äußerst schwierige Heranwachsende wieder auf den rechten Weg zu bringen, bestätigte Jugendamtsleiter Udo Harder in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag. Zurzeit lebt ein Jugendlicher in Spanien.

In den vergangenen Jahren habe das Jugendamt diese Form in sechs Fällen gewählt. Aktuell lebt ein Jugendlicher in einer Gastfamilie in Spanien, berichtete Harder. Auch das Bergkamener Jugendamt bediene sich hier externer Institutionen. Sie seien vom Landesjugendamt eingehend geprüft worden.

Und auch dann verfahre man nicht nach dem Motto „Wir geben die Kinder ab und haben anschließend nichts mehr damit zu tun“, betonte der Leiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes Udo Beckmann. Mit den Dienstleistern gebe es regelmäßig Jugendhilfeplangespräche, in denen über die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und über die Art und Weise der Hilfen gesprochen werde.

Die Bergkamener Kindern werden in Familien untergebracht. Vor Ort betreuen sie Sozialpädagogen und erhalten durch einen Lehrer Unterricht. Zwei Mal im Jahr erhalten sie in der Regel Besuch von ihren Eltern. Einmal im Jahr informiert sich ein Mitarbeiter vor Ort über die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen.

Im Bereich der Jugendhilfe sind solche Auslandsaufenthalte oft die letzte Chance, auf Kinder und Jugendliche positiv einzuwirken, indem durch die Entfernung die Kontakte zum bestehenden Lebensumfeld, den Freunden und manchmal auch zu den Familien unterbunden werden. Wie Udo Harde betonte, seien sie nur unwesentlich teurer als die Unterbringung in einem Heim in Deutschland.

Bürgerinitiative und CDU fordern den Bau der Ortsumgehung L 821n

Der Bergkamener Stadtrat wird sich in seiner nächsten Sitzung wieder mit dem Thema „Ortsumgehung L 821n“ beschäftigen müssen. Die CDU will es so und hat den Entwurf für eine Resolution vorgelegt. Ziel sei es, das Land zu bewegen, den Bau der L 821n wieder „wieder mit höchster Priorität zu verfolgen“.

Eine Grundlage dazu habe das Oberverwaltungsgericht Münster bereits am 30. Januar 2015 geschaffen, indem es die Klagen Bergkamener Bürger gegen den Planfeststellungsbeschluss verworfen hatte. „Der Planfeststellungsbeschluss ist nun rechtskräftig“, betont CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Heinzel. Immerhin seien bereits 500.000 Euro allein in die

Planung investiert worden.

Mit Blick auf das damals noch ausstehende Gerichtsurteil hatte das Land im vergangenen Jahr die L 821n aus der Prioritätenlisten herausgenommen. Dass die Kosten für den Neubau dann nicht mehr auf der Ausgabenseite beim stets klammen Land auftauchten, mag dann sicherlich auch eine Rolle gespielt haben.

Seit 40 Jahren wird an der L821n geplant und über sie diskutiert. Neuen Schwung erhält jetzt die Debatte, weil sich in Weddinghofen die neue Bürgerinitiative „Auf der Mittelhorst“ formiert hat. „Mittelhorst“ nennt sich die kleine Siedlung, die vor Jahren zwischen der Kampstraße und dem Häupenweg gebaut wurde. Damals sei den Siedlern von der Stadt in Aussicht gestellt worden, dass die L 821n gebaut werden und so ein ruhiges Wohnen möglich wäre, erinnert sich der CDU-Stadtverordnete Gerd Miller. Danach hätten aber die Lärmbelästigungen durch den Durchgangsverkehr, und hier insbesondere durch die Lkw, die jetzt die Betriebe auf dem ehemaligen Monopol-Gelände ansteuern, erheblich zugenommen. Schilder mit der Aufschrift „L 821n jetzt“ stehen deshalb seit einigen Tagen an der Kampstraße.

Annette Adams neue Geschäftsführerin der CDU-Stadtratsfraktion

Annette Adams ist die neue Geschäftsführerin der Bergkamener CDU-Fraktion. Fraktionschef Thomas Heinzel stellte die 54-jährige CDU-Politikerin aus Rünthe erstmals in dieser Funktion der Öffentlichkeit vor.

Bei einem besseren Ergebnis bei der jüngsten Kommunalwahl wäre sie sogar wie ihre Vorgängerin Rosemarie Degenhardt Mitglied des Bergkamener Stadtrat geworden. So gehört sie als sachkundige Bürgerin dem Stadtentwicklungsausschuss als stimmberechtigtes Mitglied an und dem Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehrs als stellvertretendes Mitglied.



Fraktionsgeschäftsführerin Annette Adams mit Fraktionschef Thomas Heinzel.

In der CDU ist Annette Adams neben Thomas Heinzel stellvertretende Stadtverbandsvorsitzende. Sie gehört dem Kreisvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT). Im MIT-Bereich Bergkamen-Kamen-Bönen ist sie 1. Vorsitzende.

Nach der Übernahme der Funktion der Fraktionsgeschäftsführerin wird sie ihre bisherige hauptberuflich-selbstständige

Tätigkeit als Buchhalterin und Lohnbuchhalterin nur noch als Nebentätigkeit fortführen.

CDU erneuert ihre Forderung: Restliche Fußgängerzone für Autos öffnen

Eigentlich könnte die CDU-Fraktion die Pläne der Verwaltung für die weitere Entwicklung des Nordbergs als Stadtteilzentrum für Bergkamen-Mitte unterschreiben, wenn da nicht etwas fehlen würde: die Öffnung des nördlichen Teils der Präsidentenstraße zwischen der Hochstraße und Leibnizstraße.



Wie kann der Nordberg belebt werden? Diese Frage wird wohl ein Dauerthema bleiben.

Ihr Antrag für die Öffnung der Fußgängerzone für den Pkw-Verkehrs sei der Anlass gewesen, erneut die Diskussion über den Nordberg zu eröffnen, erklärte am Donnerstag Fraktionschef Thomas Heinzel zum Ergebnis der vorausgegangenen fraktionsinternen Beratungen. Die Christdemokraten seien immer

noch davon überzeugt, dass dies der richtige Weg sei, die Präsidentenstraße überhaupt zu einem funktionierenden Nebenzentrum zu machen. In den Nebenzentren Weddinghofen, Oberaden und Rünthe sei es schließlich auch möglich, mit dem Auto bis vor die Geschäfte zu Fahren.

Beifall von Seiten der CDU gibt es in jedem Fall, weil sich die Verwaltung von dem Gedanken verabschiedet habe, das Bergkamener Stadtzentrum bestehe aus zwei Polen: dem Rathausviertel und dem Nordberg. Ob denn nun das Rathausviertel Zentrumsqualität bekommt, bleibt laut Heinzel abzuwarten. Vieles hängt wohl von der BergGalerie ab.

Letztlich stellt sich auch für ihn die Frage: „Braucht Bergkamen ein Stadtzentrum?“ – also einen urbanen Bereich, den die Bürger aufsuchen, um sich dort mit Freunden und Bekannten auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten zu treffen. „Wer solch ein Stadtzentrum braucht, kann ja auch die Stadtzentren der Nachbarstädte besuchen“, so Heinzel.